

#Berlinbrennt

Fünf Wochen Mahnwache von Berliner Feuerwehrleuten vor dem Roten Rathaus
Ausgangssituation und vorläufiges Ergebnis

Was mit einem Chat von Berliner Feuerwehrleuten in einem kleinen Kreis begann, entwickelte sich zu einer Aktion, die in den Medien und in der Berliner Bevölkerung Wellen geschlagen hat.

Alles begann am Ostermontag, nachdem die Initiatoren der Mahnwache mit den beteiligten Gewerkschaften die Hintergründe der Aktion besprochen hatten. Die GdP-Bezirksgruppe Feuerwehr beteiligte sich als mitgliederstärkste Gewerkschaft im Bereich der Berliner Feuerwehr und stellte einen Forderungskatalog auf, der sich weitgehend mit den Forderungen der anderen Beteiligten deckte. Die Mahnwache begann mit einer symbolisch für den Slogan #Berlinbrennt aufgestellten, brennenden Tonne. Ziel war anfangs, die Aktion eine Woche durchzuführen. Nach dem Start der Mahnwache folgte dann fast zeitgleich der „Medienrummel“. Presse, Radiosender und die bekanntesten Nachrichtensender wollten die Gründe für die brennende Tonne und die 24 Stunden vor Ort demonstrierenden Feuerwehrleute veröffentlichen.

Als sich der Berliner Senat nach der ersten Woche der Mahnwache nicht gerührt hatte, wurde die Aktion um eine weitere Woche verlängert. Mittlerweile wurde die „Tonne“ fester Bestandteil der täglichen Berichterstattung in den Medien. Gemeinsam mit allen Beteiligten wurde ein Zeit- und Maßnahmenplan erarbeitet, der mit der Behördenleitung in einem Konsolidierungsgespräch erörtert wurde. Mit den folgenden Forderungen ging es dann in das erste Gespräch mit dem Senator für Inneres und Sport, Andreas Geisel, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senatsverwaltung für Inneres:

- Absenkung der Arbeitszeit von derzeit 48-Stunden-Woche auf 44-Stunden-Woche
- Auszahlung aller Überstunden zu 100 %
- Erhöhung der Feuerwehrzulage, Ausweitung auf weitere Bereiche und dynamisierte Anpassung an die Besoldungserhöhung, ruhegehaltsfähig

Publizierte Forderungen der GdP

Sicherheit steht auf der Kippe

„Zehn Jahre absolute Sparpolitik haben dafür gesorgt, dass Berlins Beamtinnen und Beamte besoldungstechnisch derart zurückgefallen sind, dass wir auch bei der Feuerwehr nicht nur eine enorme Unzufriedenheit unter den Kolleginnen und Kollegen spüren, sondern auch massive Probleme bei der Nachwuchsgewinnung haben. Das allein ist aber nicht der Grund, warum wir jetzt direkt vor dem Wohnzimmer des Regierenden Bürgermeisters protestieren. Wir sind an einem Punkt, an dem durch unzulängliches politisches Handeln die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf der scheidenden Kippe steht“, so Michael Schombel, Vorsitzender der Bezirksgruppe Feuerwehr. Zwar sei auch durch die 354 zusätzlich bewilligten Stellen für den Doppelhaushalt 2018/19 ein Wandel zu erkennen. Das könne aber nur ein Anfang sein, der ohne wichtige grundsätzliche Schritte nahezu wirkungslos verpuffen würde.

Essenzielle Zeit- und Maßnahmenpläne für Berlins Feuerwehr

Auf Basis der Entwicklung innerhalb der letzten Monate fordert Schombel klare Zeit- und Maßnahmenpläne des Senats: „Wir benötigen genau betrachtet 1100 zusätzliche Stellen, um den Einsatzdienst besetzen zu können. Pläne zur Umsetzung haben wir wie auch bei der belastungsorientierten Absenkung der Arbeitszeit bisher nicht gehört.“ Darüber hinaus plädierte das Vorstandsmitglied der GdP Berlin für eine zeitnahe Auswertung der Belastungsanalyse im Rettungsdienst und klare Maßnahmen, um Aus- und Fortbildung sowie die längst überfällige Modernisierung des Fuhrparks zu gewährleisten. „Die alten Rostlauben auf den Wachen sorgen tagtäglich für Probleme. Mit den bisher bereitgestellten Geldern werden wir unser aktuelles Defizit von rund 50 Millionen Euro schwer minimieren können. Finanzmittel brauchen wir auch für einen neuen Ausbildungsstandort, um die Aus- und Fortbildung der zusätzlich benötigten Einsatzkräfte irgendwie stemmen zu können“, so Schombel.

- Bereitstellung weiterer Finanzmittel für die Modernisierung des maroden Fahrzeugparks der Berliner Feuerwehr
- Anpassung der Bezahlung der tarifbeschäftigten Notfallsanitäter an die Besoldung der Beamten mit gleicher Qualifikation

In diesem Gespräch wurde durch den Innensenator verdeutlicht, dass der Senat die Probleme innerhalb der Berliner Feuerwehr erkannt hat und die von den Gewerkschaften vorgetragenen Punkte gemeinsam zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung geführt werden müssen. Weiter wurde vereinbart, zukünftig regelmäßig Gespräche zu Themen der Berliner Feuerwehr zu führen, um es

nicht erneut zu einer für die Feuerwehr so prekären Situation kommen zu lassen. Eine Woche später folgte dann ein weiteres Gespräch, an dem neben Innensenator auch die Mitarbeiter des Bereichs Finanzen, geführt von dem Finanzsenator Kollatz-Ahnen, teilnahmen. Die hier folgenden Punkte wurden, in einer gemeinsamen Erklärung zwischen den Gewerkschaften und dem Innensenator auszugsweise vereinbart:

Einführung der 44-Stunden-Woche bei der Berliner Feuerwehr

Ab 1. Mai 2018 gilt pauschal das 44-Stunden-Woche-Modell. Da zunächst auch aus logistischen Gründen weiter der Dienstplan nach



THEMA DES MONATS

48-Stunden-Wochenmodell fortgesetzt werden muss, wird die Differenz zwischen 44 und vier Stunden als angeordnete Mehrarbeit betrachtet und in angepasster Faktorisierung ausgezahlt. Ab 1. September 2018 soll die 44-Stunden-Woche offiziell umgesetzt werden.

Erhöhung und Ausweitung der Feuerwehrzulage

Die Feuerwehrzulage soll auf 133,75 Euro angehoben werden, rückwirkend zum 1. Januar 2018. Sie wird auf feuerwehrtechnische Beamtinnen und Beamte, die Einsatzdienst oder Führungsfunktionen im Einsatz wahrnehmen, die in der Aus- und Fortbildung tätig sind, Dienst in der Leitstelle versehen oder Wachleiterin oder Wachleiter sind, erweitert (derzeit ca. 350 Beschäftigte). Die Zulage wird künftig dynamisiert, d. h. sie wird der Höhe nach prozentual an Besoldungserhöhungen des Landes Berlin geknüpft. Sollte ein weiteres Bundesland die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage beschließen, wird Gesprächsbereitschaft seitens der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zugesagt.

Vergütung der geleisteten Überstunden

Da derzeit ein Ausgleich der Überstunden durch Freizeit aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich ist, soll ein Schlusstrich unter die in der Vergangenheit aufgelaufenen Überstunden gezogen und ein Aufbau neuer Überstunden vermieden



Fotos: beje und Fabian Reichert

werden. Die Überstunden werden gemäß der Mehrarbeitsvergütungsverordnung in der jeweils für die Einsatzkraft geltenden Höhe faktorisiert ausgezahlt. Stichtag für die Überstundenberechnung ist der 30. April 2018. 480 Stunden pro Jahr können maximal ausgezahlt werden. Dieser Ansatz wird maximal für die letzten drei Jahre als Grundlage der individuellen Prüfung herangezogen.

Eingruppierung der Notfallsanitäterinnen und -sanitäter

Eine Aufnahme des neuen Berufsbildes Notfallsanitäter in den TV-L ist voraussichtlich für April 2019 vorgesehen. Die Eingruppierung soll sich am TVöD-Abschluss für diesen Beruf orientieren. Da die Situation zur Gewinnung und Weiterbeschäftigung von Notfallsanitäterin-

nen und Notfallsanitätern besonders angespannt ist, wird weiterhin gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Finanzen nach Möglichkeiten einer Übergangslösung gesucht.

Finanzmittel für Einsatzfahrzeuge

Im Jahr 2019 werden zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 10 Mio. € aus SIWANA-Mitteln bereitgestellt. Eine weitere Finanzierung von Neubeschaffungen soll nach Abschluss des Haushaltsjahres bei möglichem Haushaltsüberschuss geprüft werden.

Michael Schombel

Fazit

Nach zehn Jahren Sparpolitik im Bereich der Berliner Feuerwehr ist jetzt ein erster Schritt getan. Der aktuell amtierende Berliner Senat, in Persona der Innensenator, hat die Zeichen der Zeit offensichtlich erkannt. Jetzt heißt es, weiter in die Zukunft zu schauen und zu investieren. 354 zusätzliche Stellen für den Doppelhaushalt 2018/2019 können da nur ein Anfang sein. Die Sicherheit der Hauptstadt kostet Geld und muss an die steigenden Aufgaben angepasst werden. Berlins Feuerwehrleute erwarten vom Berliner Senat, dass die Handlungsfähigkeit der Hauptstadtfeuerwehr nicht an fehlenden Finanzmitteln scheitert. Wir wollen unsere Arbeit für die Bevölkerung Berlins bestmöglich verrichten, der Berliner Senat muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

